



# Rechenschaftsbericht 2022/2023

1.5.2023

Vorgelegt zur Jahreshauptversammlung am 2.5.2023

## Zur Situation der Stadt Erkrath

Der letzte Rechenschaftsbericht war zur Jahreshauptversammlung am 30.5.2022 vorgelegt worden. Dessen erstes Hauptkapitel hatten wir betitelt mit:

### **Das Haushaltssicherungskonzept kommt**

Wir hatten guten Grund das so zu behaupten, haben wir doch mit CDU und FDP eine Vereinbarung getroffen, bis zur Vorlage des Haushaltes 2023 ein Haushaltssicherungskonzept zu beschließen, einen externen Gutachter einzuschalten und Steuererhöhungen möglichst zu vermeiden.

Der dringenden Empfehlung des Gutachters (PWC), die Großprojekte auf den Prüfstand zu stellen, folgte die CDU nicht. Ergebnis: Es gibt kein Haushaltssicherungskonzept, welches einen dauerhaft auskömmlichen Haushalt darstellen könnte und die Grundsteuer wurde um 25 % erhöht. Letzteres wird nicht ausreichen, da die Großprojekte in ihren wesentlichen Teilen noch nicht kassenwirksam wurden. Insgesamt bringen sie einen Investitionsbedarf von ca. 200 Mio. in den kommenden Jahren.

Die Grundsteuer macht nur 15 % aller Steuern und ähnlichen Abgaben aus. 2023 wurde der Hebesatz für die Grundsteuer B von 520 auf 652 Punkte angehoben. Die Grundsteuererhöhung um 25 % bringt etwa 3 Millionen € mehr in die Kasse der Stadt.

Nehmen wir nur den Investitionsbedarf von 200 Mio. € mit einer Abschreibung von 60 Jahren an, so reicht eine weitere Erhöhung um 25 % kaum aus, um allein die Abschreibungen der drei Großprojekte zu finanzieren. PWC geht in seinem Gutachten davon aus, dass man bei fehlenden Sparbemühungen die Grundsteuer sogar auf etwa 1000 erhöhen müsste.

### Das Haushaltssicherungskonzept kam nicht.

**Was macht die Stadt eigentlich falsch?**

Es ist der fehlende Maßstab, der fehlende Blick für das Machbare. Der **Maßstab** für das in einer überschaubaren Stadt wie Erkrath Machbare und Zumutbare ist in der Rathaussspitze und den sie tragenden Parteien (CDU, SPD) **verloren** gegangen.

- A) Grundschule / Campus Sandheide: Die Kombination mit der Förderschule (deswegen musste erst ein neuer – umstrittener – Bebauungsplan her) und eine von vorneherein erkennbar falsche Entwurfswahl führte zu Zeitverzögerungen und damit zwingend zu Kostensteigerungen für ein pädagogisch wenig überzeugendes Konzept. Dazu kommt, dass ganze Schülergenerationen in dem Provisorium an der Schmiedestraße (Kosten ca. 0,5 Millionen € für die Ertüchtigung, der Brand war vor vier Jahren!) ihre Schulkarriere verbringen. Die Kosten liegen inzwischen bei über 50 Millionen € unter anderem anteilig für Sportmöglichkeiten, die unsere Grundschule allein (die alte Halle ist ja funktionsfähig) ohne die Förderschule gar nicht gebraucht hätte. Ursprünglich waren 2016 Kosten von 10 Millionen € inklusive erweiterter Sportmöglichkeiten angegeben worden.
- B) Vor wenigen Tagen wurde der erste Spatenstich der neuen Feuer- und Rettungswache gemacht. 10 Jahre nach der Standortentscheidung (Kostenschätzung: 13 Millionen €). Diesen Prozess hat die BmU nun seit einigen Jahren konstruktiv begleitet, da eine Rückkehr zu einer angemessen reduzierteren Planung gar nicht mehr zumutbar war.

Auch hier sahen wir massive Kostensteigerungen und die Zeitplanung steht noch heute auf der Homepage der Stadt: Inbetriebnahme „Anfang“ 2023. Kosten: 40 Millionen €.

Die BmU hatte ursprünglich deutlich kostengünstigere Alternativen (6 Punkte Plan oder Bau nur einer neuen Hauptwache und Ertüchtigung des alten Standortes für die Freiwillige Feuerwehr) eingebracht.

- C) Gymnasium in Alt-Erkrath: Jahrelang hat die BmU notwendige Maßnahmen zur Substanzerhaltung angemahnt. Vergeblich. Jetzt wird für sensationelle 100 Millionen € ein neues Gymnasium gebaut. Da 37% der Schülerschaft gar nicht aus Erkrath kommt, hatte die BmU eine Begrenzung der Zügigkeit und somit einen kleineren Schulneubau vorgeschlagen. CDU und SPD blieben aber bei der Großplanung.

Alles gleichzeitig!

Die Substanzerhaltung im Bestand geht nur schleppend voran. Vorhandene Ingenieure werden mit Vorrang im Neubaubereich eingesetzt. Der verschimmelte Rohbau der KITA Karlstraße liegt bei Gericht und man streitet sich über die Sanierbarkeit. Für das Schulzentrum Rankestraße sind abschließende Kostenschätzungen noch nicht mal verifizierbar und besondere pädagogische Aspekte spielen im Gegensatz zu Alt-Erkrath keine Rolle. Nur durch die Intervention der Elternschaft wird dort nun die Möglichkeit einer energetischen Sanierung begleitend zur Brandschutzsanierung wenigstens geprüft. Und an das Kompromissversprechen der Verwaltung, bei Neubau des Gymnasiums Alt-Erkrath auch die anderen Schulgebäude umfassend zu sanieren, erinnert man sich nicht mehr.

Es hat bei der derzeitigen Situation der Kommunalfinzen schon seinen Grund, warum andere Städte mit vergleichbarem Sanierungstau versuchen, aus dem

Bestand das Beste zu machen. Das mag man beklagen, ist aber eine Anpassung an das Machbare und nicht an das Wünschenswerte. **In Erkrath ist das Augenmaß für den Maßstab verloren gegangen.** Trotz Baupreissteigerung, trotz Problemen der Personalrekrutierung, trotz Personalkostensteigerung, trotz Zinssteigerung, trotz Inflationsrisiko konzentriert man sich in Erkrath auf wenige Großneubauprojekte und kümmert sich zu wenig um den Erhalt der Bestandsgebäude, auf dass auch bei diesen dann irgendwann ein Neubau zur Diskussion steht.

Das von vergangenen Politikergenerationen erarbeitete städtische Vermögen schmilzt wie Schnee in der Sonne. So wird auch die Substanzpflge vernachlässigt und wir schauen mit Sorge auf die nur geringen Fortschritte bei der Attraktivierung des Radverkehrs. Nahezu nichts wurde vom letzten Lärmschutzaktionsplan umgesetzt.

Zum immer drängender werdenden Problem des Klimaschutzes hat die BmU den Impuls zur Erstellung eines Nachhaltigkeitskonzeptes gegeben. Man muss aber skeptisch sein, ob dieser überlebenswichtigen Aufgabe Priorität eingeräumt ist.

## Zur Fernwärme

Der Kauf der Fernwärme kam ebenfalls zum falschen Zeitpunkt. Ohne die notwendige Vorbereitung. Ohne den notwendigen Überblick. Ohne eigenes Know How. Unter Verzicht auf die Klage gegen EON auf Herausgabe u.a. der Gewinne ab 2017, was besonders schmerzt. Ein eher kleines Stadtwerk kauft ein eher größeres Fernwärmenetz und damit ist es rundum überfordert.

Wir haben eines der teuersten Fernwärmenetze Deutschlands. Bei jedem Preisvergleich lagen wir nun über 60 Jahre in der Spitzengruppe. Das Krisenjahr 2021 zeigt dies extrem und die Abrechnung 2022 wird mit einer Vervierfachung des Preises innerhalb von zwei Jahren aufwarten.

Die Stadtwerke sind offenbar völlig überfordert, hier einzugreifen und für durchschnittliche Fernwärmepreise zu sorgen. Viel zu spät reagierte man auf die alte Forderung der BmU, Tiefengeothermie zu prüfen. Nun sollen wieder in großem Umfang Blockheizkraftwerke gekauft werden, die mit Erdgas betrieben werden. Schon bei Kauf des Netzes vor eineinhalb Jahren haben wir die „Gasfalle“ vorausgesagt. In den vergangenen Monaten haben wir viele Gespräche über die Fernwärme an Informationsständen oder unserer kleinen Geschäftsstelle geführt. Man kann jedem Kunden nur raten, sich an der Musterfeststellungsklage zu beteiligen.

Hinzu kommt, dass für jeden Haushalt die Frage nach regenerativer Energie immer drängender werden wird. Die Bundesregierung sieht vor, dass Heizenergie ab 2024 auf Basis von 65 Prozent erneuerbaren Energien bei Neuanlagen betrieben werden muss.

Damit stellt sich auch die Frage nach der Ausdehnung des Versorgungsgebietes. Soweit ein Anschluss an ein Wärmenetz absehbar ist, gelten Übergangsfristen von bis zu 10 Jahren.

Diese Aufgaben sind so groß, dass wir uns dringend überlegen sollten, den Stadtwerken ein kompetentes Unternehmen für die operative Umsetzung an die Seite zu stellen. Wenn wir warten, bis das alle Stadtwerke machen, wird das immer teurer.

Besonders am Herzen lagen uns darüber hinaus Themen der Schulentwicklung, die Finanzsituation (für die Neanderhöhe ist immer noch kein potenter Investor in Sicht:

Homeoffice lässt die Notwendigkeit von Flächeninanspruchnahme sinken), das Forum Sandheide, die Stärkung des SKFM, der Erhalt des Stadtweihers und viele weitere Themen, wie sie auch ganz gut in der Kolumne von Christian Ritt zu den Ratssitzungen nachlesbar sind.

## Zur Personalsituation der BmU



Die BmU ist zu klein, zu alt, zu männlich, um die auf Erkrath zurollenden Aufgaben zu lösen. Wir haben in dem abgelaufenen Kalenderjahr mit zahlreichen Informationsständen auf unsere Arbeit aufmerksam gemacht. In Mitgliederzahlen hat sich das nicht umgesetzt. Im Gegenteil. Mit Angela Klinkhammer-Neufeind haben wir durch Umzug nach Solingen eine besonders aktive Stütze verloren.

Jedem Haushalt haben wir nebenstehende Broschüre zukommen lassen. Es handelt sich in erster Linie um einen Rechenschaftsbericht, der an unsere Wähler adressiert ist, aber auch der Mitgliederwerbung dienen sollte.

## Zum Bürgerbegehren Hasenwiese

In Erkrath gibt es Planungsrecht für ca. 1000 neue Wohnungen, 750 allein am Wimmersberg. Am Maiblümchen ist gerade Baubeginn eines städtischen Projektes. Mit dem von uns unterstützten Bürgerbegehren zur Rettung der Hasenwiese wollten wir unser Wahlversprechen realisieren, derartige innerstädtische Grünzonen, die als Sozialfläche und für das Kleinklima von Bedeutung sind, zu erhalten. Als nächster Schritt ist nach der Niederlage des Bürgerbegehrens die Bebauung von Erkrath-Nord geplant, worüber die BmU sich noch eine abschließende Meinung bilden muss.

### **Humor ist, wenn man trotzdem lacht**

Im Karnevalszug präsentierte sich die BmU mit einem ausgesprochen politisch pointierten Wagen (ein geköpfter Hase symbolisierte das Ende der Hasenwiese) im Stile des Düsseldorfer Rosenmontagszuges. Viele Erkrather Kommunalpolitiker zeigten sich diesem Format allerdings nicht gewachsen.

## Zum WähGTranspG

Keine Partei geht in Erkrath so transparent mit ihrem Geld um wie die BmU. Der Kassenbericht wird nicht nur jedes Jahr veröffentlicht, wir veröffentlichen auch jedes Jahr die Namen der Spender. Parteien machen das nicht und müssen das auch nicht.

Trotzdem:

Ein „Wählergruppentransparenzgesetz“ baut nun für unabhängige Wählergemeinschaften ein zusätzliches Bürokratiemonster auf, das uns Geld kosten wird, ehrenamtliche Arbeit an umfangreichen Formalia nicht nur bindet, sondern bei Fehlern letztlich nicht nur den Verein sondern die Ehrenamtler in der Kommunalpolitik mit **Geldstrafen** (Festgesetzt durch den Präsidenten des Landtages) bedrohen.

Nach § 259 des BGB müssen sämtliche Belege dem Präsidium des Landtages zur Kenntnis gegeben werden (Wer spendet, wie viel, wofür wird es ausgegeben) und eine Einnahmen/Ausgabenrechnung, z.T. eine Bilanz müssen erstellt werden und von einem Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater gestempelt werden.

**Fehler oder Lücken im Bericht werden bis zu sechs Jahren nach der Vorlage des Rechenschaftsberichtes bestraft.**

Wer geht da noch durch die Wahl in den Vorstand in die Haftung?

## Ausblick

Vor 10 Jahren wurde Christian Ritt zum Vorsitzenden der Unabhängigen Wählergemeinschaft gewählt. Er würde sich sicher auch mal wünschen, von dieser Dauerbelastung durch frische und jüngere Kräfte abgelöst zu werden.

Vor 35 Jahren wurde die Unabhängige Wählergemeinschaft Bürger mit Umweltverantwortung gegründet.

Einerseits wachsen die Aufgaben, andererseits wachsen die Mitgliederzahlen nicht mit diesen Aufgaben und wir repräsentieren rein biographisch die Wählerschaft immer weniger.

Wie also kann es weitergehen?

Dieser Frage wollen wir in einer Klausurtagung nachgehen.

Mitglieder und Nichtmitglieder sind herzlich eingeladen, schon jetzt Vorschläge einzubringen:

Was soll sich in Erkrath ändern?

Was muss sich im Rathaus ändern?

Wie kann sich die BmU verändern?

Bernhard Osterwind

1.5.2023